

## Verantwortung und Solidarität in Hinblick auf Flucht und Asyl

Vortrag am 14. 10. 2015 von **Dr. Melita H. Sunjic**, Journalistin, Publizistin und seit 1993 Pressesprecherin und leitende Kommunikationsexpertin im UNHCR. Ihre Tätigkeit führte sie in den letzten beiden Jahrzehnten in fast alle großen Flüchtlingskrisen in Europa, Asien und Afrika. Zurzeit ist sie als Pressesprecherin für den Westbalkan in Belgrad stationiert.

Ergänzende Ausführungen von **Mag.a DSA Birgit Einzenberger**, Juristin und Diplom-Sozialarbeiterin, Leiterin der Rechtsabteilung des UNHCR-Büros in Wien.

### **Zusammenfassung:**

*Grundsätzlich sind humanitären Probleme infolge eines Krieges, also infolge einer politischen Krise, nicht humanitär lösbar – sie erfordern eine politische Lösung. Die Zahl der Flüchtlinge auf der Balkan-Route nach Europa ist 2015 so stark gestiegen, weil nun auch große Städte wie Damaskus und Aleppo vom Krieg erfasst worden sind und weil den Hilfsorganisationen für die Versorgung der Menschen in Syrien und den Nachbarländern viel zu wenig Finanzmittel zur Verfügung stehen.*

*Positiv ist, dass die Flüchtlingsbewegung entlang der Balkanroute in allen Transitstaaten von einer Welle an Hilfsbereitschaft und Solidarität begleitet wird. Die aktuelle Krise zeigt aber auch, dass es kein funktionierendes europäisches Asylsystem gibt. Es fehlt eine substanzielle Unterstützung für die Außenrand-Staaten bei der Erstaufnahme und eine faire Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU. Die Zivilgesellschaft funktioniert in dieser Hinsicht wesentlich besser als das politische System Europas.*

### **Mehr zum Thema von Melita Sunjic:**

Der Flüchtlingsstrom nach Europa, vor allem aus Syrien, ist derzeit zwar in aller Munde, die Berichterstattung in den Medien fokussiert allerdings meistens auf lokale Brennpunkte – das große Ganze wird kaum gesehen. **Aufgabe des UNHCR** ist es, humanitäre Hilfe für schutzbedürftige Personen zu leisten, in Krisengebieten, Nachbarländern und entlang der Fluchtrouten. Grundsätzlich sind humanitären Probleme infolge eines Krieges, also einer politischen Krise, nicht humanitär lösbar – sie erfordern eine politische Lösung. Humanitäre Hilfe ist notwendig, aber löst den Kern des Problems nicht. Leider ist eine politische bzw. diplomatische Lösung für den Syrienkrieg derzeit nicht in Sicht.

Durch den Krieg in Syrien hat sich die **Hauptroute der nach Europa Flüchtenden** verändert: Waren es früher vor allem Menschen aus afrikanischen Krisengebieten, die aus Nordafrika (Libyen, Tunesien) in die Europäische Union (Italien, Malta) gekommen sind, so ist nun die sogenannte Balkan-Route zur ‚Menschen-Pipe-Line‘ geworden.

Derzeit kommen täglich 5.000 bis 7.000 Flüchtlinge nach Europa, seit Jahresbeginn waren es etwa 500.000, ca. zwei Drittel davon kommen aus Syrien. Bei einer Einwohnerzahl von 500 Millionen in der Europäischen Union sollte dieser **Zustrom von 0,1% gemessen an der Gesamtbevölkerung kein Problem** sein. Der Großteil der Flüchtlinge aus Syrien – in etwa 12 Millionen Menschen – ist in der Region geblieben, davon leben 8 Mio. als Binnenvertriebene in Syrien, weitere 4 Mio. verteilen sich auf Anrainerstaaten, auf den Libanon, Jordanien und die Türkei. Diese Länder sind tatsächlich stark belastet, beispielsweise sind nahezu ein Viertel aller im Libanon lebenden Menschen Flüchtlinge.

Die **Balkanroute** verläuft von der Türkei aus über die Transitländer Griechenland – Mazedonien – Serbien – Ungarn – Kroatien – Österreich. Zielland der meisten Flüchtlinge ist Deutschland, wenige wollen nach Skandinavien oder in andere Staaten (falls dort Verwandte leben). In den Transitländern vor Österreich werden kaum Asylanträge gestellt. Blockiert eines der Transitländer den Grenzübertritt, dann sammeln sich rasch große Menschenmengen an, mit allen damit verbundenen versorgungstechnischen und hygienischen Problemen; durch den enormen Stress kommt es dann auch eher zu Konflikten. Bleibt die Grenze geschlossen, so verschiebt sich die Route (z. B. von Ungarn nach Kroatien).

**Warum flüchten heuer so viel mehr Menschen aus Syrien**, als in den ersten Kriegsjahren? Das hat im Wesentlichen zwei Gründe:

- Zum einen haben die Kampfhandlungen nun große **Städte** wie Damaskus und Aleppo erfasst: Zu deren Einwohnern zählen viele gebildete Menschen, die Englisch sprechen und (noch) über ausreichende finanzielle Mittel für eine Flucht verfügen. Sie sehen nun für sich keine Zukunft mehr in ihren Heimatstädten. Für eine Flucht nach Europa verlangen Schlepper 2.500 Euro und mehr.
- Zum anderen **fehlen finanzielle Mittel für Hilfe in der Region**: Das UNHCR hat im heurigen Jahr für dieses Krisengebiet bisher nur 40% der notwendigen Mittel erhalten. Das führt zu einer Sekundärbewegung: Menschen, die bisher in regionalen Flüchtlingslagern ausgeharrt haben, flüchten nun weiter, weil sie nicht mehr ausreichend versorgt werden.

Die Flüchtlingsbewegung entlang der Balkanroute wird in allen Transitstaaten von einer großartigen **Welle an Hilfsbereitschaft und Solidarität** begleitet. Hilfsorganisationen und viele Einzelne versorgen die Menschen so gut sie können. Syrische Flüchtlinge sind oft im Familienverband unterwegs, mit gebrechlichen älteren Menschen, schwangeren Frauen und Kleinkindern. Auch viele staatliche Behörden versuchen, Ordnung in die Situation zu bringen und die Infrastruktur entlang der Fluchtroute zu verbessern: es braucht Lebensmittel und Unterkünfte, Hygieneartikel, Wasser, medizinische Versorgung, Sicherheitspersonal, Beratungsstellen, ÜbersetzerInnen, Einrichtungen zur Registrierung der Menschen und nicht zuletzt die Entsorgung der Abfälle. Das UNHCR hat in dieser Krise auch Computer und Fingerabdruck-Scanner für kleine Grenzorte beschafft, um die Abläufe zu beschleunigen.

Neben der Hilfsbereitschaft gibt es allerdings auch Fälle erbarmungsloser **Ausbeutung** der Flüchtlingen, manche Transportunternehmen und Lebensmittelhändler verlangen regelrechte Wucherpreise. Seit Herbstbeginn stellt das **Wetter** zunehmend eine Herausforderung für Flüchtlinge und Hilfsorganisationen dar. Es ist damit zu rechnen, dass die Flüchtlingszahlen während der Wintermonate zurückgehen; wenn sich politisch nichts ändert, ist in der warmen Jahreszeit wieder ein Ansteigen zu erwarten.

Angesichts der großen Zahl an Krisenherden rund um Europa ist der Flüchtlingszustrom immer noch erstaunlich gering. Trotzdem hat sich nun endgültig gezeigt, dass es **kein funktionierendes europäisches Asylsystem** gibt. Streng genommen hätten Flüchtlinge bereits in Griechenland Anspruch auf ein Asyl-Verfahren, Griechenland ist jedoch von der Dublin-Verordnung ausgenommen. Für Italien gilt diese Verordnung zwar, es hat dennoch keine andere Möglichkeit als einen Großteil der Flüchtlinge durchzuwinken. Die EU-Binnenstaaten übernehmen viel zu wenig Verantwortung für die Probleme der Außenrand-Staaten. Sehr bedauerlich ist auch der Unwillen der baltischen und osteuropäischen Staaten ihren Beitrag zu leisten.

**Fazit: Es fehlt eine substanzielle Unterstützung der Außenrand-Staaten bei der Erstaufnahme und eine gerechte Regelung der Flüchtlingsverteilung auf alle EU-Staaten. Die Zivilgesellschaft funktioniert in dieser Hinsicht wesentlich besser als das politische System Europas.**

**Ergänzende Ausführungen von Birgit Einzenberger:**

Die Rechtsabteilung des UNHCR-Büros in Wien beschäftigt sich mit Rechtsfragen in Bezug auf Asylverfahren und steht in Kontakt mit Gesetzgebern und Verwaltungsbehörden. Heuer haben bis Ende August 46.000 Personen einen Asylantrag in Österreich gestellt, das sind zwar mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr, aber immer noch weniger als 10% aller eingereisten Flüchtlinge. Der drastische Anstieg wurde und wird in Österreich in vieler Hinsicht gut bewältigt, die Abwicklung an den Grenzen, die Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge gelingt recht gut, nicht zuletzt dank zahlreicher Freiwilliger.

Folgende **Defizite** bestehen jedoch nach wie vor:

- Es gibt immer noch **zu wenig Quartiere** für die Unterbringung von Personen in der Grundversorgung, d.h. von Menschen, die ihren Asylantrag in Österreich gestellt haben und auch zum Asylverfahren zugelassen sind.
- Die finanziellen und personellen **Ressourcen der Asylbehörden** sollten dringend aufgestockt werden, um die Verfahren zu beschleunigen.
- **Maßnahmen zur Integration** anerkannter Flüchtlinge und von subsidiär schutzberechtigten Personen sollten verbessert werden; hier fehlen staatliche Angebote, diese Arbeit leisten derzeit fast ausschließlich Hilfsorganisationen.

**Aus der Diskussion:**

*Es gibt kaum **legale Einreisemöglichkeiten** in die Europäische Union, die Einreisebestimmungen machen es selbst Angehörigen von EU-BürgerInnen sehr schwer. In den letzten drei Jahren sind lediglich 1.900 Flüchtlinge aus Syrien legal nach Österreich gekommen. Eine Möglichkeit wäre, Sponsorship-Programme aufzubauen, ähnlich dem kanadischen Modell: Personen / Organisationen übernehmen Kosten und Betreuung von Flüchtlingen für einen bestimmten Zeitraum.*

*Das UNHCR hat kein fixes Budget. Wenn eine Krise ausbricht, dann berechnen alle beteiligten UN-Stellen (WHO, UNICEF u.a.) ihren Budgetbedarf und holen bei einer Geberkonferenz Finanzzusagen der Geberländer ein, die jedoch häufig nicht in voller Höhe erfüllt werden. Die **Finanzierungslücke** des UNHCR für Syrien beträgt 2,5 Milliarden Euro, ein im Verhältnis zum Gesamtbudget der Europäischen Union geringer Betrag.*

*Die Aussichten für eine **politische Lösung der Syrienkrise** sind derzeit leider gering. Die Konfliktsituation ist sehr verworren, viele beteiligte Kräfte verfolgen unterschiedlichste, auch wirtschaftliche Interessen (z.B. die Rüstungsindustrie, die Ölindustrie). Das UNHCR muss sich strikt neutral verhalten, um seinen Auftrag erfüllen zu können. Der Einsatz für eine politische Lösung obliegt innerhalb der UNO dem Sicherheitsrat bzw. dem Generalsekretariat.*

Wer in Wien und NÖ **Wohnraum für Flüchtlinge** anbieten kann, wendet sich an:

<https://fluechtlingsdienst.diakonie.at/wohnraumspende>

Die Stadt Wien hat eine **Plattform für die Vermittlung von Hilfsangeboten** eingerichtet:

<https://www.wien.gv.at/gesellschaft/fluechtlinge/>

Protokoll: Barbara Smrzka